

NAZI-AUFBAU OST: DER PLAN DER NPD

■ Die Neonazis wollen Mecklenburg-Vorpommern erobern. Sie sind erfolgreich in Dörfern, in denen es keine Arbeit, keine Geschäfte, keine Vereine mehr gibt. Sie planen den Umsturz des Systems. Und wie reagiert die Bevölkerung? Viele sagen: „Die Jungs sind keine dummen Leute“

VON ASTRID GEISLER (TEXT) UND CHRISTIAN JUNGELOTT (FOTOS)

Am Ende der Sackgasse wird renoviert. Wer über die buckelig gepflasterte Allee ins Dorf holt, erkennt es von weitem. Grau liegt die Siedlung da unter dem fahlen Mittagshimmel, nur eine einzige Fassade leuchtet. Ein kleiner Flachbau aus DDR-Zeiten, himmelblau, frisch gestrichen – das Jugendhaus von Bargischow.

Auf dem Nachbargrundstück geht die Tür auf. Eine junge Frau blickt herüber aus der stillgelegten Dorf Kita. „Das haben die Glatzen gemacht“, sagt sie. „Das Jugendhaus ist deren Ding.“ Es klingt nebensächlich. Hinter ihr im ehemaligen Gemeinschaftssaal sitzt ein Mann um die zwanzig und schweigt. Er ist tief in den Stuhl gerutscht, sieht nach unten auf seine kräftigen, tätowierten Arme.

Die beiden sind Kollegen und bei der Arbeit hier, den ganzen Tag schon: sie als 1-Euro-Jobberin, er als ABM-Kraft. Aber was heißt das schon? Ab und zu rauchen sie eine Marlboro aus Polen, trinken roten Saft aus der Einwegflasche. „Unsere Arbeit“, sagt die junge Frau zögernd, „im Moment ist unsere Arbeit, dass wir gar nichts machen.“ Ihr Kollege sagt nichts. Gut zwei Stunden noch, dann haben beide ihr Tagessoll erfüllt. Gewartet bis zum Feierabend.

Beim Nachbarn klafft der Hund. Sonst ist es still in Bargischow. Selbst der Platz vor der gotischen Feldsteinkirche liegt verlassen da. Eine Katze springt über die Straße, verschwindet zwischen Dorfblinde und Kriegerdenkmal. Warum sollten Menschen auch vor die Tür gehen? Es gibt keinen Bäcker, keine Schule, keine Vereine mehr. Selbst das Wirtshaus macht nur noch ein paar Stunden die Woche auf. Hinter der Gemeinde beginnt das Stettiner Haf und dahinter Polen. Urlauber rauchen nur vorbei an dieser Gegend auf der Fahrt nach Usedom.

Verfassungsschützer und Kriminalisten aber kennen den Ort. Bargischow ist eine jener Gemeinden im äußersten Nordosten, wo die NPD seit gut zwei Jahren einen Rekord nach dem anderen feiert. Bei der Bundestagswahl im Herbst kamen die Rechtsextremen auf 17,2 Prozent. So stark wollen sie überall werden in der Region. Die NPD arbeitet an einer weiteren Zone wie der Sächsischen Schweiz, jenem Landstrich südöstlich von Dresden, wo sie sich etabliert hat in Dörfern und Kleinstädten. Das soll auch in Ostvorpommern gelingen.

Karl-Heinz Thurow versteht die Aufregung nicht. Der ehrenamtliche Bürgermeister von Bargischow sagt es noch auf dem Weg von der Haustür zum Küchenschiff, bevor seine Frau den Kaffee angeboten hat. „Glauben Sie nicht, dass es richtiges Gedankengut immer gibt?“, fragt er gereizt. „Das ist eben eine Strömung. Die muss man akzeptieren. Es ist nun mal so. Die Rechten sind da.“

Thurow sitzt in der Wohnküche seines reetgedeckten Hauses hinter der Dorfkirche. Auf dem Fensterbrett unter der Häkelgardine schnurrt die Katze. Als es die DDR noch gab, waren die Thurows überzeugte CDU-Mitglieder. Heute, mit 49 Jahren, ist der Bürgermeister parteilos. Die Partei, die nicht mehr seine ist, hat eine große Initiative für Demokratie und Toleranz ausgerufen. Alle Bürgermeister sollen mithelfen, damit die NPD nicht in den Landtag einzieht bei den Wahlen im Herbst. Thurow hat es aus der Zeitung erfahren. Er fragt sich, was das soll. Über Hartz IV müssen die reden. „Das wird sich bei der Wahl durchschlagen.“ Für wen, ist klar.

Bargischow liegt fünf Kilometer östlich von Anklam. 420 Menschen, verteilt auf vier Dörfer. Jahrhundertlang lebten die Weiler von dem, was Acker und Wiesen hergaben, bis die Marktwirtschaft kam mit ihren neuen Gesetzen. Seither sitzen sie. Man kann ebenso gut einige Kilometer weiter nach Westen fahren bis nach Postlow. In Postlow gewannen die Rechtsextremen bei der Bundestagswahl 17,4 Prozent – mehr als in irgendeiner anderen Gemeinde Mecklenburg-Vorpommerns, mehr sogar als die örtliche SPD. In Schwerin war man entsetzt.



Mischbrot Sorte „Glatze“ – die Spezialität in Ducherow. Dort kam die NPD auf zwölf Prozent, auch dank NPD-Lokalpolitiker Michael Andrejewski FOTO: JUNGELOTT/VG BILDKUNST



# Das vergessene Land

In Ostvorpommern sind Neonazis die netten Jungs von nebenan. Ihr Kapital: Bürger, die vom Staat nichts mehr erwarten

## AUF DEM SPRUNG

Sollte die NPD – wie vom Verfassungsschutz befürchtet – bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September ins Parlament einziehen, hätten führende Neonazi-Kader Aussicht auf einen Sitz im Parlament. Auf der NPD-Landesliste sicherte sich die militante Szene fast jeden zweiten Platz. Hinter dem Spitzenkandidaten Udo Pastörs (Landkreis Ludwigslust) ist auch Neonazi-Prominenz aus der Region Ostvorpommern dabei:

**Tino Müller** (Listenplatz 2), NPD-Neumitglied aus Ueckermünde, einer der führenden Neonazis der Region, gilt als Chef der Kameradschaft „National-Germanische Bruderschaft“, aktiv unter anderem im Kulturkreis Pommern und der Bürgerinitiative „Schöner wohnen“.

**Michael Andrejewski** (Listenplatz 3) aus Anklam, Kopf der NPD in der Region, begreift sich als parlamentarischer Arm der Neonaziszene.

**Michael Gielnik** (Listenplatz 7) aus Heringsdorf gilt als Chef des Neonazi-Dachverbands „Soziales und Nationales Bündnis Pommern“ (SNBP).

**Enrico Hamisch** (Listenplatz 10) aus Bansin wird dem „Kameradschaftsbund Usedom“ sowie der Bürgerinitiative „Schöner wohnen“ in Wolgast zugerechnet und firmiert als Herausgeber der lokalen Info-Blätter der Neonazis.

**Enrico Kaster** (Listenplatz 15) von der Insel Usedom gilt als Chef des „Heimatbunds Pommern“. AGX

In Postlow nicht mal überrascht. Norbert Mielke nimmt die braune Lederkappe ab und wiegt verzweifelt den Kopf. Landwirt ist er, Geflügelzüchter und nebenbei auch Bürgermeister von Postlow. „Frust ist das hier“, ruft Mielke. „Frustr! Die Leute haben allen Parteien eine Chance gegeben. Aber es hat doch nicht eine mal einen Lösungsansatz fertig gebracht. Da haben die Leute hier auch kapier.“ Er holt tief Luft. Das Thema, sagt er entschuldigend, das könne ihn „heiß machen“.

Wer die Dorfstraße entlang geht, immer geradeaus, bis ganz ans Ende, bis zu Mielkes Hof, der ahnt, was der Bürgermeister umtreibt. Von der Landstraße führt der Weg vorbei an einer Villa mit Erker und Turmzimmer. In Bahnen blättert die Farbe ab. Aus den zerborstenen Fenstern wird niemand mehr herunterschauen auf die leere Straße. Viele solcher Fenster gibt es im Ort. Es sieht aus, als sei die Zeit weitergezogen und hätte Postlow zurückgelassen.

Ein Mann zieht im Handkarren den Einkauf nach Hause. Kartoffeln, Apfelsinen, eine Kiste Bier. Gut drei Kilometer sind es von hier bis zum nächsten Supermarkt in Anklam, ein Klacks mit dem passenden Gefährt. Aber das Sozialgesetzbuch kennt keinen Anspruch auf ein Auto. Und die Postlowner kennen den Aushang an der Bushaltestelle. Da steht: Abfahrt nach Anklam um 6.39 Uhr und um 16.53 Uhr.

Früher gab es einen Konsum gegenüber. Das Schaufensterglas ist zur Hälfte herausgebrochen. „Laden geschlossen“, hat jemand auf einen Zettel geschrieben. Im Nachbarhaus der Mielkes, Dorfstraße 26, sind die Eingangstüren von Hand gearbeitet. Das Holz fällt von unten weg. Die Bewohner beschweren sich nicht: Es sind nur noch Hüner.

„Schauen wir uns doch mal um: Wer hat denn noch Arbeit hier?“, ruft Mielke. „Diese Statistiken, das ist doch Trickserie. Wir liegen hier inzwischen bei über

50 Prozent Arbeitslosen, über 50 Prozent!“ Und dieses Gerede von Investoren, die kommen sollen mit viel Geld und viel Arbeit. „Vergessen Sie!“ Mielkes Familie lebt seit Generationen in Postlow. Früher, sagt Mielke, da sei Leben im Dorf gewesen, die Leute bekamen einen Besen in die Hand, mussten wenigstens den Hof fegen. „Heute, da gehen sie zur Sozialagentur und lassen sich von dem frischen Geld am nächsten Imbiss den Hals voll laufen.“

Seine Lebensgefährtin kommt zur Tür rein, sie hat eine Schrippe in der Hand – für Mielkes Blutzuckerspiegel. Mielke beißt ab, schluckt hastig. Wo war er gleich stehen geblieben? „Der normale Mensch hier, der sagt sich – ja, die DDR war gut. Die war nur zu sozial, daran ist sie gescheitert.“ Er klingt matt. „Ich sag’s Ihnen, wir kriegen hier noch

ale Gebiet für rechtsextreme Politik. Er entschied sich für Ostvorpommern. Die Gegend sei „freies Pionierland“ mit idealen Standortfaktoren, schwärmt der Lehrersohn aus dem Schwarzwald: „Wenige Regionen sind so heruntergewirtschaftet. In kaum einer gibt es eine geringere Systembindung als hier. Die Leute hatten mal riesige Erwartungen, jetzt sind sie wahnsinnig enttäuscht.“ Die Enttäuschungen sind seine Hoffnung. Er will ihr Vertrauen gewinnen, ihre Stimmen, ihre Region. Spätestens 2018 soll ein NPD-Bürgermeister ins Anklamer Rathaus einziehen. Das ist sein Ziel.

Andrejewski sitzt im Einkaufszentrum am Markt. Ein Großteil der Ladenflächen steht leer. Sogar „Pfennigland“ hat kapituliert. An den Tischen des Bistros in der Eingangshalle warten schon vormittags Menschen vor leeren Glä-

**NPD-Politiker Andrejewski ist begeistert: „Wenige Regionen sind so heruntergewirtschaftet. Die Leute hier hatten mal riesige Erwartungen, jetzt sind sie wahnsinnig enttäuscht“**

nen neuen Kaiser. Dieser Staat, der geht schneller kaputt als die DDR.“

Ostvorpommern zählt zu den Gegenden Deutschlands, die man in Statistiken meist am schlechtesten Ende findet. Mindestens jeder Vierte ist offiziell arbeitslos, Tendenz steigend. Die Einkommen liegen weit unter dem Bundesdurchschnitt. In den vergangenen fünf Jahren verlor der Kreis mehr als 3.500 Einwohner. Wer jung ist und anderswo eine Chance hat, der geht. Es bleiben die Alten und die aussichtslosen Fälle.

Michael Andrejewski freut sich daran – was sonst ist die Lage schon so schön trostlos? Der NPD-Politiker zog vor drei Jahren nach Anklam. Damals hatte er gerade das Jura-Examen bestanden. Nach 36 Studiensemestern und Jahren in ausländerfeindlichen Gruppen suchte er sein persönliches Testfeld, das ide-

ern, auf dass der Tag preisgünstig vorbeiziehe. Niemand schaut sich um nach dem schmächtingen Mann im grauen wattierten Anorak, der sein grob gemustertes Hemd bis zum obersten Knopf geschlossen trägt. Andrejewski kippt ordentlich Zucker in den Kaffee. Seine Augen flackern hinter den Brillengläsern. „Vermutlich ist das für Sie ein Kulturschock hier.“ Er grinst schräg: „War es für mich anfangs auch – nur eben positiv!“

2004 gewann der Wessi bei der Kommunalwahl auf Anhieb acht Prozent der Stimmen und zwei Sitze im Stadtrat. Einer der Posten blieb unbesetzt. Außer ihm war kein NPDler angetreten. Dafür zog er gleich auch in den Kreistag ein. Bei der Bundestagswahl 2005 lief es noch besser. „Für das System muss das

Fortsetzung auf Seite 4 >>>



NAZI-AUFBAU OST: DAS VERSAGEN DER DEMOKRATEN

► Fortsetzung von Seite 4

Die Thiemes haben es sich schön gemacht in ihrem blanken Neubau am Dorfbrand. Blumengestecke zieren den Wohnzimmerbereich, Tüllpüppchen die Couch. Einmal, erzählt Thieme, da hatte er einen Praktikanten. „Top Typ, sag ich Ihnen. Der sagte mir irgendwann: Ich stehe dazu. Der ging mal zu diesen Demos mit und so. Aber der sagte auch ganz klar: Keine Gewalt.“ Am Ende der Anekdote schaut Thieme zufrieden. „Das ist jetzt lockerer. Man spricht drüber und gut ist.“ Wie viele der Jugendlichen inzwischen so denken? „Über die Hälfte“, sagt er. Und nach einer kurzen Pause: „Ich bin überzeugt, das wird noch mehr.“

Wenn man den Hausherrn nach den Ursachen der politischen Entwicklung fragt, zögert er. Er sagt auch, warum: Er will nicht als Rechtsradikaler dastehen. Schließlich erzählt er doch. Von den Umzügen, die seine Firma erledigt, einige auf Rechnung der Sozialkasse, auch für Ausländer. „Wenn ich das sehe“, sagt der Unternehmer: „Da sind Neger – die schönsten Klamotten, die Taschen voller Geld. Ich meine, die lassen sich den Bauch in der Sonne braun werden und kriegen noch den Umzug bezahlt.“ Für ihn steht fest, die NPD hat teilweise einfach Recht. „Ich sag mal: Ausländer raus!“, sagt Thieme.

**Ein Unternehmer sagt: „Wenn ich das sehe, da sind Neger – die schönsten Klamotten, die Taschen voller Geld, die lassen sich den Bauch in der Sonne braun werden und kriegen noch den Umzug bezahlt“**

In Postlow kann Thieme das unbeteiligt sagen. Es ist eine Meinung, die niemanden erstaunt. Wenige Kilometer weiter in Ducherow, wo die NPD zuletzt auf gut zwölf Prozent kam, verkauft der Dorfbäcker dunkelbraunes Mischbrot der Sorte „Glatze“. Auch normal. Der Bäcker denkt sich nichts dabei. „Keine Frage“, sagt der Postlower Bürgermeister Norbert Mielke. „Ich hab nix gegen Ausländer. Niemand hier hat etwas gegen einen Asylbewerber. Niemand. Aber irgendwann muss ja mal Schluss sein.“ Dass Leute jahrelang staatliche Unterstützung bekämen, ohne dafür zu arbeiten – wie solle er das Hartz-IV-Empfänger aus dem Dorf erklären, gestandenen Männern mit 30 Jahren Dienst im Kreuz?

Im Landkreis leben kaum zwei Prozent Ausländer. Was aber sind Zahlen

gegen ein Gefühl? Das Gefühl, abgeschrieben zu sein. Unverstanden. Die Fernsehnachrichten bestätigen es jeden Abend: Die Welt da draußen ist eine andere. Da wird gestritten, wie schnell Schröder wieder viele Jobs annehmen darf. Da eröffnet die Kanzlerin in der vorpommerschen Nachbarschaft die A20, schwärmt von den großartigen Perspektiven für die Region. Perspektiven? Postlow liegt abseits der Strecke. Und es ist einfach, Postlow zu vergessen. Warum sollten die Menschen aus den Nachrichten ausgerechnet nach Postlow kommen? Es gibt ja nicht mal mehr etwas zu eröffnen.

„Hier verwahlost ein ganzer Landkreis“, sagt Günther Hoffmann. „In dieses Vakuum stoßen die Rechten. Die bürgerlichen Parteien haben versagt. Aber nicht nur die. Das Problem wird in Berlin völlig unterschätzt.“ Hoffmann kennt die rechtsextreme Szene in der Gegend wie kein Zweiter. Bis Januar hat er das Anklamer Büro des „Civitas“-Netzwerks geleitet, das von der Bundesregierung gefördert die Arbeit gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland unterstützen soll. Dann flog der Familienvater raus. Auch das ist Teil der Geschichte.

Günther Hoffmann, ehemals Produktionsleiter am Berliner Schillertheater und Fachmann für Ökobaustoffe, kam Ende der 90er mit Frau und Kind

**Ein Unternehmer sagt: „Wenn ich das sehe, da sind Neger – die schönsten Klamotten, die Taschen voller Geld, die lassen sich den Bauch in der Sonne braun werden und kriegen noch den Umzug bezahlt“**

nach Bugewitz, einen Weiler südlich von Bargischow. Nicht etwa, weil er Neonazis bekämpfen wollte. Er hatte sich bei einem Ausflug ans Haff verliebt – in die Landschaft und die Einheimischen, die ihn so offen empfingen. „Die Mentalität der Leute hier gefällt mir ausgesprochen gut“, sagt Hoffmann. „Das ist nach wie vor so.“ Es klingt trotzig. Er zieht kräftig an seiner Zigarette, Schwarzer Krauser selbst gedreht.

Hoffmann sitzt im Dorfgasthof. Wie verküppelte Wachen säumen Bäume die Straße dorthin. Wildgänse schnattern. Harter Wind vom Haff drückt die Gräser zur Erde. Drinnen riecht es nach Zigarettenqualm und Bratfett. Man erkennt Hoffmann sofort zwischen den Einheimischen: ein hagerer Herr mit kinnlangem, grau meliertem Haar und Cordisacko. Er spricht halblaut und

Hoffmann fallen auf Anhieb dutzende Gründe ein, warum es Neonazis in der Gegend so leicht haben. „Nach der Wende wurde versäumt, hier eine demokratische Kultur aufzubauen“, sagt er. Die Schule habe sich nach 1989 völlig entpolitisiert. Die Kirchen seien ein hermetischer Raum. Professionelle Jugendarbeit könne sich kaum ein Ort leisten. „Und die demokratischen Parteien“, sagt er, „sind in einem desolaten Zustand.“ Man hört unterdrückte Wut in seiner Stimme. „Eigentlich wäre hier ein Reducation-Programm nötig.“ Sein süddeutscher Akzent gibt den Worten eine besondere Würze.

Hoffmann wird als Fachmann für Rechtsextremismus auf dem Land inzwischen bis nach Bayern geladen. Ein Thema: „Allein auf weiter Flur“. Allein?

Es gibt natürlich andere in der Region, die den Aufstieg der Rechtsextremen stoppen wollen. Aber außer dem gemeinsamen Gegner verbindet sie alle wenig. Zu wenig. Günther Hoffmann lebt bald zehn Jahre in Bugewitz. Er macht in der Freiwilligen Feuerwehr mit, er war Elternrat an der Schule, engagiert sich im örtlichen Kulturverein und in der Bürgerinitiative „Bunt statt Braun“ in Anklam. Er bleibt einer von außen. Hoffmann hat sich Feinde gemacht. Er war lästig. Er glaubt: Es ging nicht anders. In vielen kleinen Orten sei inzwischen fast jeder mit einem Neonazi verwandt. „Das geht bis hinein in die Amtsverwaltungen. Oft sind die Überschneidungen zu groß, als dass die Bürgermeister offen agieren könnten. Die haben mir regelmäßig ganz deutlich gesagt: Das jetzt bitte nicht bekannt machen!“ Hoffmann aber hält nichts vom Verschweigen.

Als Anfang des Jahres die Civitas-Stelle in Anklam wackelte, rettete der Landkreis das Projekt. Und warf als erstes Hoffmann raus. Sein Nachfolger sagte der Lokalzeitung, ihm sei von rechtsextremen Strukturen „wenig bekannt“. Die Neonazis frohlockten. Inzwischen ist die Stelle wieder ausgeschrieben.

Über die Gründe schweigt der zuständige Vizelandrat. Er muss nichts fürchten. Bisher hat sich niemand in der Gegend lautstark für Hoffmann eingesetzt. Kein Pfarrer, kein Parteichef. Auch der Anklamer Bürgermeister nicht.

Der heißt Michael Galander und sagt: „Ich will der NPD nicht die Plattform bieten, die sie gerne hätte. Ich kümmer mich lieber um Wirtschaft

und Arbeit.“ Galander wurde 2002 als parteiloser Jungunternehmer ins Anklamer Rathaus gewählt. Seine Verheißung: Er wollte die insolvente Kreisstadt sanieren, so erfolgreich wie er seine Baufirma in Anklam hochgezogen hatte. Seine Firma meldete kürzlich Insolvenz an. Im Rathaus ist die Lage kaum erfreulicher. „Wir sind hier nicht in Pessimismushäusern“, sagt Galander. Aber wenn er vom Schreibtisch aus dem Fenster blickt, sieht er: Vor dem Einkaufszentrum gegenüber kippen sich Männer Dosenbier in den Rachen. Rechts fehlt die gesamte Häuserflanke. Abgerissen. Dahinter Wohnblocks mit leeren Fenstern, die aussehen, als warten sie nur noch auf die Bagger.

Galander spottet über das ausländische Gerede seiner Wähler: „Hier haben 17 Ausländer eine Dönerbude, 15 putzen Toiletten. Da können doch keine Jobs freierwerden!“ Im Stadtparlament hat er die meisten Abgeordneten zwischen gegen sich. Sie werfen ihm vor, er habe tausende Euro für Dienststreifen verschleudert. Er fühlt sich ausgebremst von ihrem „fast grenzenlosen Halbwissen“.

Galander lacht gallig, wenn er an die Stadtratssitzungen denkt. Da sitzt der NPD-Mann Andrejewski im Rund – und profitiert von den Feindseligkeiten. Die Mehrheiten sind knapp, notfalls nehmen die Kollegen auch mal seine Stimme mit. Andrejewski trete „gepflegt, relativ sachlich, relativ zurückhaltend“ auf, sagt der Bürgermeister. „Es wäre schön, wenn die anderen wenigstens kurze, knappe Stellungnahmen halten könnten. So wie der.“ Galander verzicht gequält das Gesicht. „Manchmal träume ich hier inzwischen von einer Demokratie.“

Er muss sich kurz entschuldigen. Sein Telefon bimmelt. Es spielt das Deutschlandlied.

*Das Reportageprojekt „Das vergessene Land. Über den leisen und stetigen Aufstieg der Rechtsextremen in Ostvorpommern“ wurde mit einem Stipendium der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche gefördert. Dies ermöglichte eine vierwöchige Recherche vor Ort. Gleichzeitig wird das noch laufende Fotoprojekt gefördert vom Kulturwerk der VG-Bildkunst.*

*Astrid Geisler ist Redakteurin im Inlandsressort der taz. Christian Jungelblodt lebt als Fotograf in Berlin und wird von der Agentur LAIF vertreten.*

**„Neonazis stoßen in eine Lücke“**

taz: Frau Schreiber, in Mecklenburg-Vorpommern stoßen Neonazis in politische und soziale Strukturen vor. Beobachten Sie das auch in Brandenburg?

Winfriede Schreiber: Ja, wir sehen ebenfalls diese Tendenz. Wir haben es mit einem neuen Typus des Neonazis zu tun: dem Typus netter Schwiegerohn. Die Rechtsextremen zeigen Interesse an sozialen und kommunalen Themen – von der Kita-Schließung bis zu den Schwimmbadgebühren. Statt Bombenjacke und Springerstiefel tragen sie ganz normale, nette Kleidung. Man kann sie also optisch nicht mehr als rechtsextrem erkennen. So wollen sie größeren Einfluss gewinnen in den Gemeinden.

Gelingt ihnen das?

Durchaus. Bei den Leuten kommt an: Die kümmern sich, während die anderen zu wenig für uns tun. Die Rechtsextremen stoßen damit in eine Lücke, die ihnen die demokratischen Parteien lassen.

Wo beobachten Sie das?

Man kann sagen: Je weiter Berlin entfernt ist, desto stärker ist auch der Einfluss der Neonazis in die Bevölkerung hinein. Das ist also ein Problem des ländlichen Raums. Auf dem Land fehlt häufig die Konkurrenz, es gibt zu wenige Angebote für Jugendliche, zu wenige politische Aktivitäten. Und Rechtsextreme kommen hier mit gewissen Ansichten einfach auch an.

Mit welchen?

Der Neonazi bedient Vorurteile: Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, einen latenten Rassismus. Und gerade mit Ausländerfeindlichkeit kann er auf jeden Fall landen. Wir beobachten, dass die Angst vor Ausländern gerade dort irreal groß ist, wo ganz wenige Ausländer leben.

Was tun? Viele Menschen haben das Gefühl, in der DDR ging es allen besser. Die sagen: Schwafelt nicht von Demokratie, helft uns lieber konkret ...

Man muss auf jeden Fall verhindern, dass die Leute das Gefühl haben: Da kommen welche von außen und „denunzieren“ auch noch unsere Jungs. Deshalb müssen wir als Verfassungsschutz zuweilen sehr plakativ klarmachen, wo das Problem liegt. In ländlichen Gegenden ist es allerdings häufig schwierig, überhaupt noch Anpacker für die Aufklärungsarbeit zu finden.

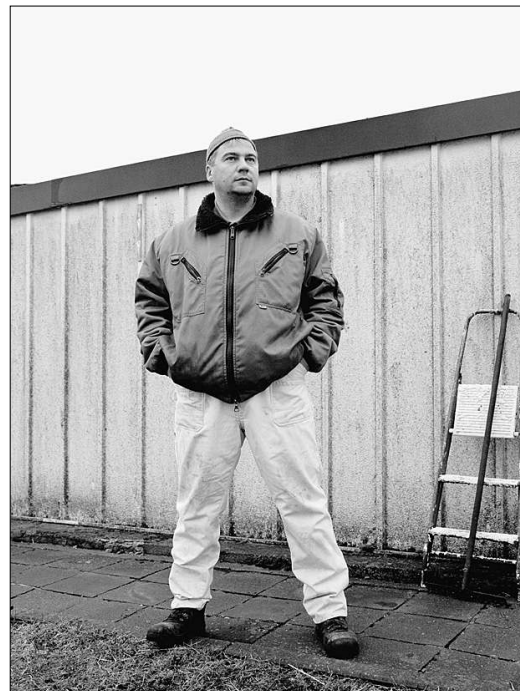
Warum sollten Leute anpacken, wenn sie denken, was die Rechtsextremen tun, ist nicht verboten? Ich halte das Verbandsverbot genau deshalb für ein wichtiges Instrument. Es zerschlägt nicht nur die Struktur, es hat auch einen bedeutsamen Nebeneffekt: Es macht klar, dass eine Gruppe die Grenze überschritten hat. Wir haben das in Brandenburg bei den Kameradschaften Hauptvolk/Sturm 27 und ANSDASPO erlebt. Ihr Verbot hat viele aufgeweckt. Die Menschen haben verstanden: Da lief wirklich etwas Unerlaubtes.

Was nützt ein Verbot, wenn in einem Dorf außer Neonazis keiner den Jugendlichen etwas bietet?

Natürlich müssen wir den Jugendlichen gleichzeitig andere Angebote machen. Sie sollen ja weiter Fußball spielen – nur eben nicht in der Neonazigruppierung Hauptvolk. Hier ist aber die gesamte Gesellschaft gefragt, nicht nur der Verfassungsschutz. Die Bürger müssen auch selbst die Verfassung schützen. Wir können sie nur ermuntern, unbedingt etwas auf die Beine zu stellen.

INTERVIEW: ASTRID GEISLER

WINFRIEDE SCHREIBER, 60, leitet die Abteilung Verfassungsschutz im Brandenburger Innenministerium. Die Juristin war zuvor Polizeipräsidentin von Frankfurt (Oder).



Hartes Geschäft für harte Zeiten – Kindermode in Anklam und Unternehmer Rüdiger Thieme aus Postlow: „Ich sag mal: Ausländer raus!“

FOTO: CHRISTIAN JUNGELOD/AG BILDKUNST